

„Heute Werra und Weser – morgen die Innerste und die Leine?“

Grüner Landtagsabgeordneter Ottmar von Holtz befürchtet mehr Salzlauge durch zusätzliche Kali-Halde

VON SEBASTIAN KNOPPIK

GIESEN. Die Umweltminister der Weser-Anrainerländer haben eine Reduzierung der Salzeinleitung in den Fluss durch Kali + Salz (K+S) erreicht. Nun fürchtet der Hildesheimer Grünen-Landtagsabgeordnete Ottmar von Holtz, dass bei einer Wiederaufnahme des Kali-Betriebs in Giesen Leine und Innerste versalzen könnten.

Er begrüße die Einigung mit K+S, da sich nun erstmals eine Perspektive auf sauberes Wasser für Werra und Weser abzeichne, sagte von Holtz. „Doch gleichzeitig plant Kali + Salz im Landkreis Hildesheim eine neue Halde, ohne

dass geklärt ist, was das für das Sickerwasser bedeutet. Heute Werra und Weser – morgen die Innerste und die Leine?“, fragt der grüne Landtagsabgeordnete.

Die geplante zusätzliche Abraumhalde ist eine der umstrittensten Komponenten der geplanten Wiederaufnahme des Kalibetriebs in Giesen. Nach Ansicht von K+S ist der zusätzliche Salzberg unvermeidbar, da nur ein Teil des Abraums in die Stollen des Kalischachts verfüllt werden könne. Die Bürgerinitiative und die Gemeinde Giesen hingegen wollen die Halde verhindern.

Landtagsabgeordneter von Holtz greift nun eine Aussage seines Partei-

freunds, des Umweltministers Stefan Wenzel, auf. Dieser hatte in Bezug auf Werra und Weser einen neuen Prozess zur Identifizierung der aktuell „bestverfügbaren-Technik“ gefordert. „Eine neuerliche Prüfung zur besten verfügbaren Technik muss auch die geplante Halde in Giesen umfassen“, sagt Ottmar von Holtz: „Mich haben die bisherigen Verlautbarungen von Kali + Salz zur neuen Halde in Giesen noch nicht davon überzeugt, dass sie dem Verschlechterungsverbot der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie entsprechen.“

Genau das prüft das Landesbergamt aber im Rahmen des derzeit laufenden Planfeststellungsverfahrens, wie Behör-

densprecher Björn Völlmar versichert. Gesetzliche Vorgaben wie die Wasser-Rahmenrichtlinie müssen dabei nach seinen Worten eingehalten werden: „Die Verschlechterung eines Gewässers ist dadurch verboten. Das bedeutet, dass im Produktionsbetrieb von der Menge her nicht mehr Salzlösung in die Innerste eingeleitet werden darf.“

Umweltminister Wenzel hatte die Prüfung eines Verbots der Kali-Halde angekündigt. Dieser Prüfauftrag ist nun im Planfeststellungsverfahren aufgegangen, wie Ministeriumssprecher Rudi Zimmeck erläutert. Umweltminister Stefan Wenzel halte aber am Ziel der Vermeidung weiterer Halden mit Ab-

raum aus dem Kalibergbau fest, so Zimmeck: „Inwieweit diese rechtlichen Möglichkeiten dazu beitragen können, weitere Kalihalden zu vermeiden, muss im jetzt anlaufenden Genehmigungsverfahren geklärt werden, weil der Antragsteller abweichende Ziele formuliert hat.“

Um die Kalihalde gibt es auch einen Streit innerhalb der rot-grünen Landesregierung. Während Wenzel den Salzberg möglichst vermeiden will, hat Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) vor allem den Erhalt von rund 700 Arbeitsplätzen im Blick, wenn K+S um das Jahr 2020 den Betrieb im Bergwerk Siegmundshall bei Wunstorf aufgibt.